

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

4. September 1968 - 71 / 11
Einzelpreis DM 0.75

IE II. INTERNATIONALE LEBT - WIENS SPÖ-BÜRGERMEISTER MAREK AUF DEN SPUREN DES WESTBERLINER SPD-BÜRGERMEISTERS SCHÜTZ (SEITE 6)
DIE SPRACHE DES REVANCHISMUS - AUS DER REDE DES VERTRIEBENEN-PRÄSIDENTEN REHS IN DER WESTBERLINER WALDBÜHNE (SEITE 8)
STELLUNGNAHME DER BASISGRUPPEN ZUM "TAG DER DEUTSCHEN" (SEITE 10) - ZUR HEUCHELEI DER SPD IN DER CSSR-FRAGE (SEITE 10)
SCHON VOR ZWEI JAHREN: "SCHLUSS MIT DEN BURSCHEN" AUS LEMMERS MUND (SEITE 11)

POLIZEI-AUSSTELLUNG: APO PLANT GEMEINSCHAFTS-BESUCH

Verschiedene Gruppen und Verbände der Außerparlamentarischen Opposition planen, wie EXTRA-Dienst aus zuverlässiger Quelle erfährt, für den kommenden Sonnabend (7. September, 12 bis 14 Uhr) einen "Gemeinschaftsbesuch" der Ausstellung "Die Polizei und ihre Aufgaben" im Steglitzer Kaufhaus Karstadt (Schloßstraße 7). An diesem Besuch werden vor allem APO-Angehörige teilnehmen, die "polizeiliche Einsätze bereits am eigenen Leibe erfahren oder beobachtet haben", heißt es. Man will, vorbereitet durch eine Flugblatt-Aktion, über das Wirken der Westberliner Polizei mit Passanten und Kaufhaus-Besuchern diskutieren. Der Kaufhaus-Besuch wird einen Tag vor dem Polizeisportfest im Olympiastadion stattfinden.

WEDDINGER EXPLOSIONSUNGLÜCK: "NUR EINE PROVOKATION"

"Nur als harmlose Provokation der Revanchisten" war, wie EXTRA-Dienst erfährt, die "Bomben"-Basterei gedacht, die am Sonntagvormittag in einer Wohnung der Weddinger Malplaquetstraße zu einem Explosionsunglück führte. Der 33jährige Hans Werner F. hatte drei Flaschen mit Schwarzpulver und Zucker gefüllt, die versehentlich durch eine elektrische Zündbrücke explodierten. Er wurde durch Glassplitter im Gesicht verletzt: Im Virchow-Krankenhaus mußte eine Augenoperation vorgenommen werden. Eine Explosion im Freien hätte nach Ansicht von Pyrotechnikern lediglich zu einer lauten Detonation, aber keiner weiteren Gefährdung für Menschen geführt. Es soll geplant gewesen sein, durch drei solcher Detonationen an verschiedenen Stellen in der Waldbühne Unruhe in die Veranstaltung zum "Tag der Deutschen" zu bringen. Für die Polizei-Chemiker ist verwirrend, daß außer Schwarzpulver und Zucker auch Kaliumchlorat in den sichergestellten Resten zu finden ist. Ein Behälter mit Kaliumchlorat hatte während der Explosion in der Nähe gestanden; auch er platzte durch den Luftdruck, so daß sich das Kaliumchlorat mit den anderen Bestandteilen vermengte. Außer Hans-Werner F. waren noch drei weitere junge Leute in der Wohnung: Sie frühstückten zu dieser Zeit in der Küche. Die Politische

Polizei erklärte, daß "die politische Heimat dieser Personen ganz links, vermutlich SED ist". Auch der "Tagesspiegel" berichtete: "Der Verletzte und seine drei Untermieter stehender SED nahe." Tatsächlich ist einer der Untermieter nominell Mitglied der SED-W. Sollte sich seine Mitbeteiligung an der Herstellung von Sprengkörpern erweisen, ist zu erwarten, daß er aus der Partei ausgeschlossen wird. Alle anderen Verhafteten sehen "ihre politische Heimat" zwar als "ganz links": Die SED-W steht in ihrer Terminologie aber eher "ganz rechts". Zur Frage des "individuellen Terrors", die durch solche Aktionen auch in der APO zur Diskussion kommen, erklärte einer der Beteiligten, er lehne die leninistische Auffassung ab (Lenin hatte "individuellen Terror", Attentate und Bomben-Anschläge als politisch sinnlos und "konterrevolutionär" verurteilt, obwohl sein Bruder als einer dieser Terroristen hingerichtet worden war): Er für seinen Teil halte sich an Trotzki. Daß auch Trotzki wie alle namhaften Führer der russischen Sozialdemokratie "individuellen Terror" ablehnte, war dem Diskutanten offenbar nicht geläufig.

SCHMUNZEL-LEKTÜRE VOM VERFASSUNGSSCHUTZ / VON C. L. GUGGOMOS

Mehrfach schon ließen wir unsere Leser an der vergnüglichen Lektüre von Dokumenten bundesdeutscher und Westberliner Geheimdienste teilhaben. In ihrer stillen Einfalt und schieren Größe der Falschberichterstattung werden all diese Dokumente allerdings vom letzten uns vorliegenden Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz übertroffen, denn dessen Chef Neubauer mit folgendem Vorwort versehen hat: "Der vorliegende Bericht versucht, den Einfluß der SED-Westberlin auf die sog. außerparlamentarische Opposition darzustellen. Er erhebt keinen Anspruch auf eine abgerundete Analyse und Vollständigkeit, sondern will durch die Zusammenstellung von Fakten einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion leisten." Diese Selbstgenügsamkeit ist angemessen, wenngleich sich nach der Lektüre des zu zwei Dritteln aus Zitaten bereits bekannter Veröffentlichungen ("Die Wahrheit", EXTRA-Dienst, Flugblätter, Reden) bestehenden Berichts doch der Eindruck verstärkt, beim Verfassungsschutz mache man sich die Arbeit ein bißchen zu einfach. Der Landesrechnungshof sollte sich wirklich einmal um die Etat-Ansätze des Westberliner Nachrichtendienstes kümmern - als Bürger dieser Stadt kann man nicht damit einverstanden sein, daß offenbar ungeheure Geldmittel an Beamte nur für das Lesen von Zeitungen und Flugblättern ausgegeben werden. Und an Spitzel, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. In Kreisen der APO ist man ernsthaft beleidigt: Man hätte es nicht für möglich gehalten, daß man derart unqualifizierte Leute auf sie ansetzt. Beispiele: Der Bericht weist auf Seite 5 nach, daß bereits sehr frühzeitig (1964) "kommunistische Studenten" an einer SDS-Demonstration teilnahmen - gegen Tschombe. Er zitiert (auf Seite 6) mißbilligend, daß der SED-Sekretär Kniestedt schon 1965 zu dem Ergebnis kam, "daß sich unter den Studenten die Forderung nach Anerkennung der 'DDR' immer mehr durchsetze". Auf Seite 7 erfahren die SDS-Funktionäre Lefèvre und Damerow, daß man sie bei der SED für "progressive Kräfte" hält - sie unterschrieben einen "kommunistisch gesteuerten Vietnam-Aufruf". Eine Seite später wird dem SHB-Mitglied Nevermann in Erinnerung gerufen, daß er sich (1966) von FDJ-Flugblättern distanziert habe. In diesem Stil geht es weiter bis Seite 16, wo man erstmals mit "Fakten" aufwartet. Zitat: "Kurze Zeit nach dem Schahbesuch erwarb der SED-Parteivorstand für seine Mitglieder 10 000 Abzeichen 'enteignet Springer', die der RC für je 0.50 DM vertrieb. Da die Selbstkosten des RC für ein Abzeichen bei etwa 0.10 DM lagen, stellte dieser Kauf eine nicht unwesentliche finanzielle Unterstützung dar." Der zuständige Agent müßte von seinen Auftraggebern für die Erfindung dieser finanziellen Transaktion eigentlich die Bastonade erhalten. An ihr stimmt nämlich so gut wie nichts. Denn: Nicht der RC, sondern der EXTRA-Dienst verkaufte die Springer-Plaketten, ihr Herstellungspreis lag zuerst bei 0.57 DM, dann bei 0.54 DM, ihr Verkaufspreis an Großabnehmer lag erst bei DM 1.50, dann bei DM 1.00, und verkauft wurden nicht 10 000 an den SED-Parteivorstand, sondern 5000 an den SDS in Westberlin, und auch nicht für 0.50 DM, sondern für 0.80 DM. EXTRA-Dienst hielt diese Transaktion allerdings weitgehend "geheim": Er wollte nicht, daß alle APO-Verbände um solche Rabatte nachsuchten, schließlich hatte EXTRA-Dienst genug Schulden aus der EXTRA-Blatt-Zeit aufzuarbeiten.

Ähnlich sind die Verfassungsschutz-"Fakten" auch da, wo sie von EXTRA-Dienst unmittelbar überprüft werden konnten, da sie ihn betrafen. So wird der Chefredakteur dieses

Dienstes, Guggomos, auf Seite 25 zum Herausgeber gemacht und gleichzeitig zum "Leiter des Berlin-Arbeitskreises im RC" - eine Tatsache, die ihm bisher unbekannt war. Auch sofort überprüfbare "Fakten" über den RC sind ähnlich gehaltvoll. Zitat Seite 23: "SED-Funktionäre hielten sich regelmäßig im RC auf (dort soll eine Anordnung bestehen, daß alle Vorstandsmitglieder der SED jederzeit und ohne weitere Formalitäten den RC betreten dürfen)." Nun weiß jeder, daß jeder jederzeit ohne Formalitäten den RC betreten kann - Mitgliederversammlungen und wegen zu starker Anteilnahme der Mitglieder geschlossene Veranstaltungen ausgeschlossen. In der Vorstandssitzung des RC wurde zwar - ohne Beschluß - beiläufig einmal festgelegt, man solle bereits bekannten Spitzeln des Verfassungsschutzes den Zutritt trotzdem gewähren, da man ohnehin nichts geheimhalten wolle - eine "SED-Anordnung" gibt es nicht. Richtig hingegen scheint der "Fakt" zu sein, daß sich SED-Mitglieder und APO-Anhänger zuweilen duzen (wird ebenfalls auf Seite 23 mitgeteilt). Weitere "Einzelheiten" der SED-APO-Zusammenarbeit: Auf Seite 28 wird gerügt, die SED habe dem SDS für eine Marx-Veranstaltung "50 Eintrittskarten zustellen lassen." Die APO erhält (Seite 36) einen Rüffel, weil am Vorabend des 1. Mai auf einer APO-Veranstaltung das SED-Vorstandsmitglied Ahrens "von den etwa 3000 Teilnehmern starken Beifall" erhielt. Am 1. Mai selber sei eine "Delegation der APO" (Mahler, Semler, Lefèvre, Hameister, Barthel) beim Maitanz der SED gewesen. Der Bericht verschweigt, daß die APO-Leute dort auch tanzten und Wodka tranken. Auch die wissenswerte Tatsache, daß am gleichen 1. Mai der SED-Vorsitzende Danelius mit dem italienischen Links-Verleger Feltrinelli im RC eine Zwiebelsuppe aß, war dem Verfassungsschutz offenbar unbekannt - hätte man uns doch gefragt!

Auch die Illustrierung der "Fakten-Sammlung" ist, angesichts der dem Verfassungsschutz zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten, äußerst dürftig. Dem Bericht sind einige offenbar von Polizisten hergestellte Amateurfotos von Demonstrationen beigegeben, auf denen sowohl SED-Mitglieder als auch APO-Anhänger zu sehen sind, ferner schlechte Kopien von Artikeln aus der SED-Zeitung "Wahrheit". Einige der Personen auf den Fotos sind zudem durch auf Brust oder Bauch gepappte Nummernschilder verunstaltet (man kann beispielsweise nicht erkennen, welche Krawatte der SED-Vorsitzende von Reinickendorf, Feske, bei der Vietnam-Demonstration trug). Beim Foto der 1.-Mai-Demonstration wurden die Nummernschilder auf die Füße geklebt, so daß nicht zu erkennen ist, ob die nebeneinander gehenden Mahler (APO), Ahrens (SED), Weller (APO), Kuster (SED) im Gleichschritt marschierten.

Für diese Mißhelligkeiten entschädigt allerdings das letzte Bild, es zeigt eine beschlagnahmte Fackel, einmal in geschlossenem und einmal im erkennungsdienstlich geöffneten Zustand - und siehe da: da hat ein Demonstrant als Zündstoff das Ostberliner "Neue Deutschland" verwendet. Hier scheint der Verfassungsschutz gespurt zu haben. Er leitete offenbar eine großangelegte Fahndungsaktion in ganz Westberlin ein, deren Ergebnis auf Seite 39 des Berichts festgehalten ist: "Derartige Fackeln werden in den einschlägigen Geschäften West-Berlins nicht gehandelt". Ehrlich: Nach der Lektüre des Berichts glaube ich dem Verfassungsschutz nicht einmal mehr das.

ANARCHISTEN-KONGRESS: ENDE MIT KRACH

Ein für die Zeit vom 31. 8. bis zum 4. September im italienischen Carrara angesetzter V. Weltkongreß der Anarchisten-Weltbewegung im "Theater der Tapferen" endete vorzeitig wegen Krach der Alt- mit den Neu-Anarchisten. Die Neu-Anarchisten mit dem französischen Studentenführer Cohn-Bendit verließen die Veranstaltung vorzeitig, weil sein Versuch, "gegen den Stalinismus auf dem Kongreß anzugehen", gescheitert war. Gegenwurf der Alt-Anarchisten: Die Neu-Anarchisten vermischten ihre Lehre "mit Marxismus und religiösen Ideen."

BOLIVIEN: "CHE" HAT EINEN NACHFOLGER

Berichten aus der Schweiz zufolge soll der ermordete Revolutionär Ernesto Che Guevara einen Nachfolger bekommen haben: Inti Peredo. Die in Kuba ansässige "Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas" (Trikontinentale) veröffentlichte eine Botschaft von "Inti Peredo, politischer Kommissar der Nationalen Befreiungsfront Boliviens" (ELN). Der Umschlag der Botschaft zeigt einen schattenhaften Che, da-

vor inklaren Konturen das Bild Peredos. Peredo erklärt die Niederlage der Che-Guerillas: Sie seien über die "erste Phase" nie hinausgekommen. In dieser ersten Phase brauche man die Hilfe "der Stadt und die bekam man nicht". Aufgrund der südamerikanischen Situation vertritt Peredo die Auffassung, die Revolution könne nicht mit Beteiligung der Massen, sondern nur mit Duldung der Massen begonnen werden. Die schweizerische Zeitung "Badener Tagblatt" kommentiert diese Thesen mit dem Hinweis, daß die nicht ausreichende Beachtung des demokratischen Elements, das beispielsweise die Südvietnamesische Befreiungsfront konsequent anwende, für die Fehlschläge der lateinamerikanischen Guerillas verantwortlich ist.

SÜDAFRIKA: FELDPPOSTPÄCKCHEN FÜR PORTUGIESEN

Die Zusammenarbeit der rassistischen und kolonialistischen Regimes von Südafrika und Portugal gegen die Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent vollzieht sich nicht allein auf staatlicher Ebene. In der Südafrikanischen Republik haben sich in allen größeren Städten und Ortschaften Komitees gebildet, die Feldpostpäckchen an portugiesische Söldner schicken, die in Angola und Mozambique im Kampf gegen die afrikanischen Widerstandskämpfer stehen. Südafrika unterstützt materiell und personell auch das rhodesische Rassensystem gegen die Guerillas in Rhodesien, die ihre Stützpunkte offenbar in der benachbarten Republik Zambia haben. Ein Südafrikaner fand bei den Kämpfen in Rhodesien den Tod. Unter Hinweis auf die israelischen "Polizeiaktionen" auf dem Territorium benachbarter arabischer Staaten und deren Hinnahme durch die Vereinten Nationen wurde in Südafrika eine Kampagne begonnen, die "vorbeugende Polizeimaßnahmen gegen die Ausbildungslager der Terroristen in Zambia" propagandistisch vorbereiten soll.

USA: FBI RÜSTET SICH FÜR NEUES SEMESTER

Der Chef des amerikanischen Bundeskriminalamtes FBI, Herbert Hoover, warnte angesichts des bevorstehenden Wintersemesters an den amerikanischen Hochschulen vor bevorstehenden Aktionen der Linken. Es sei nach FBI-Informationen ein "großangelegter Angriff auf die Bildungsinstitutionen des Landes" geplant. Man müsse mit "revolutionärem Terror an den Universitäten" rechnen.

SCHWEIZ: REKRUTEN RUFEN HO-CHI-MINH

In Bellinzona im Kanton Tessin wurde eine Untersuchung gegen eine Rekruteneinheit eingeleitet. Anlaß: Bei der traditionellen Parade am Schweizer Nationalfest rief die Einheit beim Vorbeimarsch an der Ehrentribüne im Chor "Ho-ho-ho-Chi-Minh". Der Gruppenführer, stellte die Schweizer Presse mißbilligend fest, habe "nicht eingegriffen".

MÜNCHEN: KRIEGSFILM NACH PROTEST ABGESETZT

Im Münchner "Mathäser-Filmpalast" war für den 1. September - dem Antikriegstag aus Anlaß des deutschen Überfalls auf Polen - der den Vietnamkrieg verherrlichende amerikanische Propagandafilm "The Green Berets" (Die grünen Teufel) angekündigt. Nach einem Teach-in der Außerparlamentarischen Opposition zum Antikriegstag wurden Flugblätter verteilt, die dazu aufforderten, von einer "abstrakten Anti-Kriegs-Haltung zu konkreten Aktionen zu schreiten". Rund hundert Studenten und Arbeiter verteilten am Sonntagabend diese Flugblätter vor den Kinokassen und verwickelten die Passanten in Diskussionen. Die Diskussionsgruppen blockierten Kassen und Eingang. Angesichts der Demonstrationen und "weil ich die Bevölkerung nicht provozieren will", erklärte der Theaterleiter, daß er den Streifen sofort vom Programm absetzen will, was auch geschah.

SCHÜTZ: SCHON WIEDER GEKNIFFEN

Der Regierende Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzende von Westberlin, Klaus Schütz, kniff wiederum vor einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der Außerparlamentarischen Opposition: Er weigerte sich, vor den Mikrofonen der SFB-Sendung "Wir um zwanzig", die in der letzten Woche ausgestrahlt wurde, gemeinsam mit dem Sprecher

des Bundeszentralrates des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, Börnsen, über die SPD-Aussichten bei der bevorstehenden Bundestagswahl zu diskutieren. Schütz ließ sich erst interviewen, nachdem Börnsens Beitrag auf Band aufgenommen war.

SPD-DEMOKRATIE: JUSO-BOSS IN 3:9 - MINDERHEIT

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Westberliner Jungsozialisten, Jürgen Grimming (bei "Freiheitskundgebungen" häufig als "Sprecher der Jugend" bezeichnet), kann sich nur noch auf drei von zwölf Kreisverbänden der Jusos stützen, nachdem jetzt auch in Tempelhof der rechte Juso-Vorstand abgewählt wurde. Die Tatsache, daß Grimming immer noch als Juso-Sprecher auftreten kann, verdankt er der Satzung für die Jungsozialisten, nach der der Westberliner Jungsozialisten-Vorsitzende nicht von den zwölf Kreisvorsitzenden gewählt wird, sondern von den Juso-Beisitzern in den SPD-Kreisvorständen - und die werden nicht gewählt, sondern von den Kreisvorständen nach politischen Gesichtspunkten "kooptiert".

BUCHMESSE: MANIPULIERTE STANDVERTEILUNG

Die Verteilung der Stände auf der diesjährigen Buchmesse ist in der Messe- und Ausstellungs-GmbH des Börsenvereins mit großer Umsicht vorgenommen worden: Die Stände der teilnehmenden "linken" Verlage sind über die ganze Messe gestreut und von ausgeählten Nachbarn "ingerahmt". Der SDS-Verlag "neue kritik" befindet sich in völliger Isolation zwischen zwei italienischen Firmen, eine davon ein Finanzfachverlag. Direkt gegenüber befindet sich der rechtsgerichtete "Jugenddienst-Verlag" aus Wuppertal. Einige andere "linke" Verlage sind an der linken und rechten Außenseite der Halle plaziert. Der Gerhardt-Verlag ist den Springer-Ständen "Welt der Literatur" und Ullstein konfrontiert. Am Nachbarstand zeigt der Rautenberg-Verlag Bildbände über Ost- und Westpreußen. Klaus Wagenbach, der recht günstig in der Mitte der Halle plaziert ist, hat den russischen Emigranten-Verlag Possev zum Nachbarn. - Einige der "linken" Verlage des Auslands haben es abgelehnt, sich an den Nationalständen ihrer Länder zu beteiligen, darunter die italienischen Verleger Einaudi und Feltrinelli, der französische Verlag Maspero und die Holländer Pollak & van Gennep. Auch in diesem Jahr sind u. a. Südafrika und die "Republik China" (Formosa) mit Nationalständen vertreten.

FOLKLORE UND PROTEST: "UNTERGRUND"-FESTIVAL IN ESSEN

Vom 25. bis 29. September findet in Essen "Europas erstes Untergrund-Festival" statt. So bezeichnen sich die Internationalen Essener Song-Tage selbst. Aus den USA und Europa kommen zahlreiche "underground-bands", so eine "Kommune aus München, die sich entschlossen hat, alles zusammen zu machen, auch Musik". Die Kommune besteht aus 11 Erwachsenen und 2 Kindern. Aus Holland hat sich eine zehnköpfige Mädchengruppe angesagt. In der Gruga-Halle sollen drei Beatbands miteinander und "zum Teil gegeneinander spielen". Am Baldeneysee wird für "das Fußvolk des Untergrunds" ein Zeltlager aufgebaut, das kostenlos benutzt werden kann. Der literarische und musikalische Untergrund wird sich in einer Ausstellung (Bücher, Schallplatten, Plakate, Kleinschriften, Zeitungen) dokumentieren.

KATHOLIKENTAG: DIE AKTIONEN DER OPPOSITION

Wie bereits mehrfach gemeldet, werden linke, der Außerparlamentarischen Opposition nahestehende katholische Gruppen versuchen, den 82. Katholikentag in Essen (4. bis 8. September) zu einer freieren Diskussion zu bewegen. Zu einer Aktionsgemeinschaft haben sich zusammengefunden: Der Mainzer Arbeitskreis Gesellschaft und Kirchen, der Westberliner Demokratisch-Katholische Arbeitskreis, die Pax-Christi-Bewegung, die Münsteraner Katholische Gesellschaft für Demokratie und Kirche, der Rothenfelder Kreis und die Studentischen Arbeitskreise Kritischer Katholizismus aus München und Frankfurt sowie die Studentengemeinden. Die Aktionsgemeinschaft hatte sich am 23. Juni konstituiert und war erstmals im Juli auf dem 16. Katholischen Studententag in Tübingen an die Öffentlichkeit getreten - man hatte sie damals als K-APO qualifiziert. Die Oppositionsgruppen planen: die Herstellung einer freien, aber gezielten Diskussion in den 27 Foren des Kirchentages, die Vorbereitung von Resolutionen und eine Initiative zur Aus-

weitung der Oppositionsarbeit nach dem Kirchentag; die Herausgabe einer täglich erscheinenden Kirchentagszeitung (Auflage 10 000), die nach dem Kirchentag als Monatsblatt weitergeführt werden soll; zwei Teach-ins über "Religionsunterricht heute" (7. 9., 11 Uhr) und "Kirche am Rande der Kirche" (7. 9., 20 Uhr). Die Methoden der Aktionen sollen, jeweils nach der Situation "alle Formen" des gewaltlosen Widerstands umfassen also sit-in, go-in, teach-in, Sprechchöre, Spruchbänder, Diskussion, Information", heißt es in einer Ankündigung der Aktionsgemeinschaft. Das Ziel der Aktionen: "Erstens: die christliche Fassade wie das politische Stigma der katholischen Großveranstaltung mit ihrem ideologischen und personellen Hintergrund aufzudecken und somit die offiziellen Deklamationen auf ihre gesellschaftspolitische Relevanz hin zu entlarven, zweitens: den in Essen anwesenden Katholiken die Gelegenheit zu geben, die inneren und äußeren Widersprüche im westdeutschen Katholizismus in vorurteilsfreier Weise zu erkennen, die Fragen, Probleme und Modelle einer demokratischen Gesellschaft und Kirche frei und sachgemäß zu diskutieren und sich zu herrschaftsfreien Formen der Zusammenarbeit zusammenzuschließen."

WITZ DER WOCHE

Im Programmheft des Deutschen Theaters in Ostberlin wird über den westdeutschen Dramatiker Martin Sperr (Landshuter Erzählungen) mitgeteilt, er sei der Übersetzer und Bearbeiter des Stückes "Gerettet" von Edward Bond. Dem Programmheft ist das Mitteilungsblatt des Deutschen Theaters in Ostberlin beigelegt, in dem behauptet wird, Sperr sei der Übersetzer und Bearbeiter des Stückes "Gerettet" von James Bond.

HINWEISE DER REDAKTION

DER IM WESTEN NOCH NICHT gezeigte sowjetische Film "Der Kundschafter" (Cinemascope, 1967) in der Regie von Viktor Georgijew wird in den Räumen der Westberliner Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft am Mittwoch, 4. 9., 19. 30 Uhr, vorgeführt (Kurfürstendamm 72).

BERICHTIGUNG. In Nummer 59/II berichteten wir über eine Propagandaschrift der "Bundeszentrale für politische Bildung", die beim Weltjugendfestival in Sofia von Mitgliedern des Bundesjugendringes verteilt wurde (in ihr wurde die Hitlerjugend mit der FDJ verglichen); die Broschüre mußte, nicht zuletzt nach Interventionen westdeutscher Jugendverbände, zurückgezogen werden. EXTRA-Dienst gab an, daß der Broschüren-Autor Joseph Schölmerich alias Scholmer als "Kriegsgefangener in Workuta" saß und darüber als "Arzt von Stalingrad" einen antikommunistischen Tatsachenbericht verfaßte. Schölmerich ist zwar Autor der Propagandaschrift der Bundeszentrale, ist auch von Beruf Arzt und saß in Workuta, jedoch nicht als Kriegsgefangener, sondern als von den Sowjets verurteilter Kommunist. Er schrieb auch nicht, wie aus der Formulierung angenommen werden konnte, den Konsalik-Roman "Arzt von Stalingrad", sondern "Die Toten kehren zurück".

EXTRA-AUSLESE

II. INTERNATIONALE: DER STANDPUNKT DER SOZIALISTEN

Die II. Internationale, die der Sozialdemokraten, ist nicht tot. EXTRA-Dienst legt den Beweis vor. Dem Wiener "Neuen Forum" verdanken wir die wörtliche Mitschrift eines Radio-Interviews, das Wiens sozialdemokratischer Bürgermeister Marek am 1. Mai dieses Jahres nach den Demonstrationen sozialistischer Studenten, Schüler und Jungarbeiter vor dem Wiener Rathaus gegeben hat. Die Worte des Bürgermeisters Marek ähneln verblüffend denen seines Internationale-Freundes Schütz aus Westberlin. Offenbar handelt es sich bei den Schütz'schen Fehlleistungen also keineswegs um individuelle, sondern um spezifisch sozialdemokratische, möglicherweise liegen den Reden von Schütz und Marek sogar Richtlinien der II. Internationale zugrunde. Besonders beachte man die synonyme Verwendung der Worte "Wiener" und "Berliner" bzw. "keine Wiener" und "keine Berliner" in den Ausführungen von Schütz und Marek. Insofern hat die Dokumentation einer Mai-Rede im September auf der folgenden Seite durchaus Aktualität.

Worte des Bürgermeisters Marek

Interview im Österreichischen Rundfunk, 1. Mai 1968, wörtliche Mitschrift

Dr. Bock: Guten Abend, Herr Bürgermeister! Herr Bürgermeister, wir hätten Sie gebeten um eine Stellungnahme zu den heute nachmittag stattgefundenen Demonstrationen, ungefähr um 15 Uhr vor dem Wiener Rathaus, wo Sie dann selbst ja auch das Wort ergriffen haben.

Bürgermeister Marek: Nicht einmal, sondern mehrmals. Als Bürgermeister habe ich die Bundesländer gebeten, als Zeichen des Föderalismus und der Verbundenheit uns ihre besten Trachtenkapellen und Knappenkapellen nach Wien zu entsenden. Das ist geschehen, und ich habe die Wienerinnen und Wiener eingeladen, an dem nachmittägigen Musikfestspiel teilzunehmen, so darf ich das bezeichnen.

Eine halbe Stunde vor dem angesetzten Beginn bin ich zum Rathaus gekommen, wurde informiert, daß einige Hundert junge Menschen sich vor der Tribüne versammelt haben, mit Hilfe akustischer Hilfsmittel, mit Trichtern, mit Lautsprechern, mit verschiedenen Transparenten eingefunden haben. Ich bin sofort zum Mikrophon gegangen und habe die Wiener und Wienerinnen begrüßt und habe ihnen gedankt, daß sie der Einladung Folge geleistet haben, habe auf Zwischenrufe nicht reagiert, sondern den Standpunkt dargelegt, daß Wien, die Hauptstadt des neutralen Österreich, am Schnittpunkt verschiedener politischer und wirtschaftlicher Systeme liegend, eine Mittlerrolle hat.

Der Standpunkt der Sozialisten wurde in der vormittäglichen Kundgebung ausreichend dargelegt, heute Nachmittag wollen wir den Maientag feiern als einen Tag aller Wiener und Wienerinnen, sich erfreuen an der Musik unserer besten Kapellen, die ich ebenfalls herzlich begrüßt habe.

Ich habe sofort den Kapellmeister der auf dem Podium postierten Kapelle der Gaswerke gebeten, mit den Musikvorträgen zu beginnen, das ist geschehen. Nun war das ja organisiert. Sie haben drahtlose Geräte mitgeführt, sie sind von einer zentralen Stelle gelenkt worden, und sie wollen diskutieren.

Ich habe erklärt, ich bin ja dreimal ans Mikrophon gekommen, daß ich heute, an diesem Feiertag, wo die Wiener sich vergnügen wollen, jede Diskussion ablehne, daß ich aber mit aller Deutlichkeit gesagt habe, daß wir stolz sind, als freie Menschen auf freier Scholle zu leben, daß die Wiener Feinde sind jedes Extremismus, wo immer er kommt, und daß wir entschieden ablehnen.

Ich habe abgelehnt Diskussionen über den Beschäftigungsstand der Elin-Werke und habe den Auftrag gegeben,

daß die Kapellen nunmehr ihr Programm beginnen, daß die Wiener und Wienerinnen, die auf den Rathausplatz gekommen sind, sich erfreuen und loslösen von dieser Gruppe intellektueller Nihilisten, die irgendeine Himmelfahrt vorbereiten.

Das haben die Wiener getan. Sie sind seitwärts gegangen zu den Kapellen.

Die Polizei hat unerhört taktvoll über mein Verlangen, die Demonstranten, die gekommen sind, um unsere Feier, die eine wienerische war, sie war keine politische, zu stören, abzudrängen und dabei wurden, wie mir jetzt erst mitgeteilt wurde, sieben Polizeibeamte, die keine Gewalt angewendet haben, verletzt.

Ich werde morgen die Polizeibeamten besuchen, dem Polizeipräsidenten und seinen Beamten, den leitenden Offizieren, den Dank für die taktvolle Aktion aussprechen.

Ich habe noch den Kapellen herzlich gedankt, und ich habe ihnen gesagt, sie sollen keinen schlechten Eindruck von Wien mitbekommen, das waren keine Wiener und Wienerinnen, sondern Menschen, die haltlos im luftleeren Raum schweben, in einem seelischen Selbstmordstadium, und die gibt es halt überall. Und das sind unglückliche Menschen, die eigentlich einer nervenärztlichen Behandlung zugeführt werden sollen.

Zu dieser Behauptung komme ich, weil die sich während der Musikvorträge formiert haben zu einem Riesen-Reigen und aus mitgenommenen Coca-Cola-Flaschen — ich weiß nicht ob nur Coca-Cola-Getränke sich in diesen Flaschen befanden — Reigen getanzt haben.

Also, die Absicht war, nicht vormittag, wo Zehntausende Arbeiter aufmarschiert und ihnen gebührende Antwort für die Störungen sehr handgreiflich erteilt hätten, sondern nachmittags, wo die Frauen mit ihren Kindern, Mütter mit Kindern im Kinderwagen, alte Leute, die ein paar Stunden Freude erleben wollten, hat diese geistige Elite in Anführungszeichen gestört.

Aber die Wiener sind nicht weggegangen, sie sind bis zum Schluß geblieben, und ich bedaure außerordentlich, daß auch in Wien, in der Stadt der Toleranz und der Verständigung sich nunmehr, wenn auch zahlenmäßig geringfügig, junge Menschen verleiten lassen, das Antlitz dieser Stadt zu schänden.

DIE KOALITION DES REVANCHISMUS: SPD UND CDU MIT DER NPD

Ein "Gesamtdeutsches Vorparlament", zusammengesetzt aus Landtagsabgeordneten der verschiedenen Länderparlamente sowie Vertretern der "Landsmannschaften", trat am vergangenen Sonnabend in der Kongreßhalle zusammen: Von den insgesamt 41 Volksvertretern gehörten 10 der NPD an; der Anteil der Neonazis machte somit 25 Prozent aus. Auch beim verregneten "Tag der Deutschen" in der Waldbühne war die NPD stark vertreten. Unter anderem wurde ein Spruchband entrollt: "Nationaldemokraten werden die Heimat nie verraten". Nach kurzer Zeit verschwand es wieder von der Bildfläche, da es für die Fernsehberichterstatter "störend" wirkte. Angehörige der APO begrüßten den Einzug der "Landsmannschaften" mit erhobenem rechten Arm und dem Ruf "Sieg Heil". Als ein Chor das Lied "Freiheit, die ich meine" anstimmte, sang ein APO-"Chor" die "Internationale". Es kam mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen den Neo-Nazis und APO-Leuten. Der Versuch, das "Gesamtdeutsche Vorparlament" auf ähnliche Weise öffentlich zu diskreditieren, mißlang, da Ort (die verkehrstechnisch schwer erreichbare Kongreßhalle im Tiergarten) und Zeitpunkt (Sonnabend, 9 Uhr 30) von den Veranstaltern so geschickt gewählt waren, daß die meisten Demonstranten zu spät kamen. Lediglich die Polizei war pünktlich: Ihr Befehlshaber, Prill, wohnte der revanchistischen Veranstaltung zeitweise bei. Die antifaschistisch orientierte SPD-Organisation "Reichsbanner", die vor der Kongreßhalle gegen NPD-Leute vorgehen wollte, wurde von dem sozialdemokratischen Rechtsaußen und Neubauer-Intimus Jaroschowitz mit dem Hinweis beruhigt, daß man keinen NPDler in der vom Senat zur Verfügung gestellten Kongreßhalle sprechen lassen würde. Bezeichnend war die plötzliche Begeisterung der Vertriebenen-Sprecher, denen der unvermeidliche Ernst Lemmer die Grüße der "Mitteldeutschen" überbrachte, für das "tapfere Volk der Tschechen und Slowaken". Ein bayrischer Landtagsabgeordneter, zugleich Funktionär der "Sudetendeutschen Landsmannschaft", erklärte, er könne die Lage wegen der Nachbarschaft Bayerns zur Tschechoslowakei und der dadurch möglichen Kontakte besonders gut einschätzen: Dubcek und die KPC seien in einem Irrtum gewesen, wenn sie meinten, die Bevölkerung denke und handele sozialistisch. "In der Tschechoslowakei lockerte sich der Griff des Kommunismus": Daher konnte man immer mehr Leuten klar machen, daß die "Landsmannschaft der Sudetendeutschen" keine revanchistische Organisation ist. Die Tschechen und Slowaken "fanden Vertrauen zu uns und begannen sich so von dem Würgegriff des Kommunismus zu lösen." Ein anderer Sprecher der Sudetendeutschen, Dr. Franz Böhm, rief begeistert aus: "Noch nie waren diese unsere Nachbarn uns so nahe wie heute."

EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend entscheidende Zitate aus der 19seitigen Rede des Präsidenten des "Bundes der Vertriebenen", Reinhold Rehs, Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag, vor dem "Gesamtdeutschen Vorparlament". Der Sozialdemokratische Hochschulbund, Westberlin, hat inzwischen die SPD aufgefordert, sich von Rehs zu trennen, da er in der NPD besser aufgehoben sei.

DIE SPRACHE DES REVANCHISMUS: SPD-REHS VOR DEM "VORPARLAMENT"

"Wir wollen hier nichts anderes als Deutsche mit Deutschen bei Deutschen sein..."

"Und wir sind in Berlin, um der deutschen Sache und damit der Freiheit der Völker zu dienen."

"Es spricht für die Unversehrtheit des sittlichen Kerns der deutschen Nation, daß die in ihrer Menschenwürde zutiefst verletzten vertriebenen Deutschen nicht dem Nihilismus verfallen sind, sondern ihr Schicksal existentiell nach Kräften gemeistert und vor allem sittlich bewältigt haben."

"Da die deutsche Dokumentation der Vertreibung, so weit sie im Ausland überhaupt bekannt ist, vor allem von den Vertreiberstaaten und ihren publizistischen Söldlingen gemeinhin als ressentimentgeladener Niederschlag der Vertreibungserlebnisse, wenn nicht gar als Vergröberung und Fälschung der Wahrheit angesehen oder wider besseres Wissen hingestellt wird, möchte ich hier zumindest eines dieser einwandfreien amerikanischen Zeugnisse verlesen..."

"Ich meine, daß die Publikation dieser Dokumente durch das US-State-Department von großem Freimut und souveräner Gesinnung zeugt, während anderen Ortes allzu behutsam

und ängstlich, gerade in Sachen der Vertreibung und der Vertriebenen, auf die gespielte politische Sensibilität der Vertreibungstäter Rücksicht genommen wird."

"Was aber die Bundesrepublik Deutschland betrifft, wäre die Verfolgung von Vertreibungstätern im innerstaatlichen Bereich nicht nur theoretisch denkbar und einklagbar, sondern auch praktisch möglich. (...) Hier bedarf es wohl in der Tat einer neuen unvoreingenommenen Prüfung der Frage, ob unsere bisherige Zurückhaltung in dieser Hinsicht sich politisch für uns wirklich auszahlt oder ob wir nicht, um der skrupellosen einseitigen Diffamierungskampagne Moskaus und seiner Satelliten Einhalt zu tun, sie auf ihrem scheinheiligen moralischen Podest etwas stärker anleuchten sollten."

"Niemand von uns will kalten Krieg. Aber ich halte es für lebensgefährlich, mit diesem Begriff, unter Warnung vor einem vermeintlichen Rückfall in den kalten Krieg unsererseits, den harten Anschauungsunterricht, den wir eben erneut in Prag erleben mußten, wegzuwischen. Ich halte es für lebensgefährlich, durch falsche Beschwichtigung zu verhindern, daß die notwendigen Konsequenzen aus dieser Lektion gezogen werden."

"Auf der Habenseite der Menschenrechtsbilanz steht jedoch, daß sich die freie Welt unter dem Eindruck brutaler totalitärer Machtentfaltung seitens der Sowjetunion (...), getragen von der Zustimmung einer freiheitlich orientierten Weltmeinung in der NATO zu einem Schutz- und Trutzbündnis zusammengeschlossen hat und damit der Seuche der Gewalt zumindest im mitteleuropäischen Bereich Einhalt geboten hat. Auch an anderen Orten des Weltgeschehens, beispielsweise in Korea, Kuba, Cypern, Palästina, Indonesien, Vietnam, konnte der Verletzung der Menschenrechte durch effektiven Einsatz angemessener Machtmittel, verbunden mit entsprechenden moralischen Impulsen, teils entscheidend, teils weitgehend Einhalt geboten werden."

"Wenn wir auch keinen Grund sehen, am Fortschritt der humanen Gesittung in der Welt zu verzweifeln, so müssen wir uns doch darüber klar sein, daß wir größere Anstrengungen machen müssen, diese Errungenschaften zu sichern, zu festigen und durchzusetzen, d.h. nicht nur moralische und rechtliche, sondern auch materielle Machtmittel bereitzuhalten."

"Unter keinen Umständen, weder heute noch morgen, dürfen (...) unveräußerliche menschen- und völkerrechtlich abgesicherte Grundwerte der nationalen Selbstbehauptung preisgegeben oder auch nur Abstriche von diesen Rechtstiteln gemacht werden. Das gilt insbesondere für die Behandlung der mit dem Status Berlins, der SBZ, mit dem Oder-Neiße- und dem sudetendeutschen Problem zusammenhängenden Fragen sowie auch für die Fragen der existentiellen und militärischen Sicherheit unseres Landes."

"Angesichts der bedrängten und unsicheren Lage der Bundesrepublik (...) und des absoluten Widerstrebens des Ostblocks bestehen für die nächste Zukunft keine Aussichten für Fortschritte in Richtung auf die Vollendung der Einheit Deutschlands. (...) Die weltpolitische Wetterlage ändert sich jedoch, wie die jüngsten Ereignisse drastisch gezeigt haben, fortgesetzt nicht nur in ungünstiger, sondern auch möglicherweise in günstiger Richtung."

"Bund und Länder müssen mit den vorgesehenen und notfalls zusätzlichen vertraglichen und gesetzgeberischen Mitteln sicherstellen, daß die im Grundgesetz verankerten Verpflichtungen zur Wahrung der Menschenrechte und zur Durchsetzung des Zieles der Wiedervereinigung ganz Deutschlands verbindliche Richtschnur auch für das publizistische Gebahren der Rundfunk- und Fernsehanstalten ist. (...) Das gilt insbesondere auch für die Behandlung der die Vertriebenen und Flüchtlinge unmittelbar angehenden Fragen und für die Respektierung ihrer Rolle und Leistungen in Politik und Gesellschaft."

"Parallel zugleichgerichteten penetranten Tendenzen der sowjetischen und sowjethörigen Agitation ist dieser Teil der meinungsmachenden Kräfte eifrig, ja geradezu verbissen am Werke, das politische Potential der Vertriebenen, das ja ein Fünftel der gesamten deutschen Bevölkerung repräsentiert, zu paralisieren."

"Eine solche Verkennung und Verfälschung der Lage, ein solches Bestreben, einen Großteil des von einem besonders schweren Schicksal betroffenen Volkes in die Isolierung zu treiben, ja womöglich einer außerparlamentarischen Opposition zuzugesellen, ist unmoralisch, töricht und kurzsichtig, ist staatspolitisch unverantwortlich, ja verhängnisvoll."

GEGEN DEN REVANCHISMUS: DAS FLUGBLATT DER APO

Die Basisgruppen der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition verbreiteten beim "Tag der Deutschen" ein nachstehend dokumentiertes Flugblatt, das die Basisgruppe Zehlendorf entworfen hat:

"TAG DER DEUTSCHEN? WOZU?"

Vor 29 Jahren, am 1. September 1939, marschierte die deutsche Wehrmacht in Polen ein. Der deutsche Angriff auf Polen eröffnete den 2. Weltkrieg. Einen Krieg, der, nachdem er in Europa und Asien unzählige Opfer gefordert hatte, mit der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands (und Japans) endete.

Es gab und gibt in Deutschland Menschen, die aus der Geschichte nichts gelernt haben: die nicht die Chance nutzen wollten, die das Jahr 1945, das Ende der Katastrophe, bot: Die Chance, ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen, das mit allen Völkern in Frieden leben kann. Im Gegenteil: Restauration und Reaktion in Westdeutschland verspielten diese geschichtliche Chance; sie sorgten und sorgen dafür, daß die Spannungen erhalten bleiben und vor allem die Staaten Osteuropas ihr durch lange geschichtliche Erfahrung gewonnenes Mißtrauen gegenüber Deutschland, genauer: gegenüber dem kapitalistischen Deutschland, nicht aufgeben können, sondern täglich darin bestätigt werden.

Die politische und wirtschaftliche Restauration in der Bundesrepublik und Westberlin, das Wiederaufleben wirtschaftlicher und politischer 'Ordnungen', die bereits zu zwei Weltkriegen geführt haben, war der Nährboden, auf dem bald Heimatvertriebenenverbände entstanden und rasch erstarkten. Den reaktionären Kräften sind diese Verbände nützlich als Instrument ihrer entspannungsfeindlichen Politik.

Solche Verbände feiern am 1. September dieses Jahres, dem Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen und dem internationalen Antikriegstag, in unserer Stadt ihren "Tag der Deutschen". Gerade solche Verbände haben kein Recht, jetzt mit der CSSR Solidarität zu heucheln. Lautstark wird wieder von den Unbelehrbaren das "Recht auf Heimat" proklamiert werden, Hetzreden, vor allem gegen Polen, die Sowjet-Union und auch die Tschechoslowakei, werden Ohren und Augen verkleistern und die Köpfe umnebeln. Das Ganze dekoriert mit Folklore, die hier in nicht ungefährlicher Weise zur Bewußtseins-trübung mißbraucht wird.

Das Interesse der Westberliner Bevölkerung aber fordert eine Aussöhnung mit ihren Nachbarn, friedliche und vertrauensvolle Beziehungen zu allen Staaten. Fordert insbesondere die Anerkennung der DDR, der Oder-Neiße-Grenze und die Annullierung des Münchner Abkommens. Andernfalls wird Westberlin in immer größere Isolierung geraten. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten unserer Stadt werden sich weiter vergrößern.

Die Schuldigen dieser Provokationspolitik sind nicht die vielen kleinen Mitläufer, die sich verführen und verschaukeln lassen. Ihnen wollen wir einen Besuch in unserer Stadt nicht mißgönnen. Die Schuldigen, die Verführer, das sind die berufsmäßigen Heimatvertriebenen, die Sonntagsredner und Unruhestifter, das sind die Mächtigen aus Industrie und Politik, die sie unterstützen. Das ist nicht zuletzt der Westberliner Senat, der für diese Veranstaltung bereitwillig Jahr für Jahr die Waldbühne zur Verfügung stellt, und der Regierende Bürgermeister Schütz, der es sich nicht nehmen läßt, selbst als Festredner aufzutreten.

Diesen Leuten müssen wir klarmachen, daß sie unsere Unterstützung nicht haben, daß es um unsere Stadt ohne sie besser bestellt wäre. Daß wir ihr Auftreten bei uns als Zumutung empfinden.

Wir müssen ihnen sagen, daß wir den Frieden wünschen und für unsere Stadt wirtschaftliche und soziale Sicherheit. "

"WEITER FÜR BERLIN! GEMEINSAM FÜR BERLIN! VEREINT FÜR BERLIN!"

Von Gert Börnsen, Sprecher des Bundeszentralrates des SHB

Der Sprecher des Bundeszentralrates des Sozialdemokratischen Hochschulbundes hat die CSSR-Frage zum Anlaß genommen, die innerparteiliche Auseinandersetzung in der SPD

weiterzutreiben. Wir entnehmen seinen Beitrag den Mitteilungen der Jungsozialisten des Westberliner Kreisverbandes Wilmersdorf - auch die Überschrift stammt von Gert Börnsen:

"Am 21. August stellte sich die Frage: wird die SPD mit einer eigenen Konzeption in Sachen CSSR in die Meinungsbildung der Berliner Bevölkerung eingreifen? Oder wird man erneut zusammen mit den hemmungslosen Antikommunisten Wohlrabe und Lemmer einen verdummenden Einheitsbrei anbieten? Was in Frankfurt möglich war, wo SPD und DGB demonstrierten, erhofften sich linke SPD-Funktionäre nach den Erfahrungen des 17. Juni 1968 auch in Berlin; sie meldeten sogar einen Redner der SPD-Linken an. Das Ziel einer solchen Demonstration sollte die sichtbare Abwendung von der Hysterie der Scharfmacher in der Union sein und andererseits die Diskussion um Demokratie und Sozialismus mit kooperationswilligen Teilen der außerparlamentarischen Opposition. Für wenige Stunden schien die Intervention der 5 Warschauer-Pakt-Mächte in der CSSR zum Anlaß zu werden für die erste gemeinsame Solidaritätskundgebung der demokratischen Sozialisten dieser Stadt.

Aber die SPD-Führer wissen, warum sie solche Diskussionen zu fürchten haben. Sie verstecken sich hinter sogenannten 'Freiheitskundgebungen', bei denen sie sich mit den Hetztiraden der Uralreaktionäre identifizieren können, ohne sich selber den Mund zu verbrennen, und sie vermeiden das Wort 'Sozialismus', damit sie des Beifalls der Jungen Union sicher sein können. Daß auch in der innerparteilichen Diskussion alle sozialdemokratischen Alternativen unterdrückt werden, geht aus der Lektüre der Parteiblätter und Informationsdienste hervor: alles, was über den formalen Protest hinausgeht, verstößt gegen die offizielle Sprachregelung der Partei und wird verschwiegen. Nach innen und nach außen ist die SPD zur schlechten Kopie der CDU geworden.

Auf wen soll diese Sozialdemokratie überhaupt noch einen politischen Reiz ausüben? - Dabei ist es doch gerade die SPD, die als einzige maßgebliche westdeutsche Partei auf anderer als nationaler Ebene mit den Staaten des europäischen Ostens in Kontakt treten könnte: nämlich auf der Ebene der Auseinandersetzung über einen demokratischen Sozialismus. Sie ist die einzige Partei, die die Chance hätte, eine wirksame Entspannung herbeizuführen, wenn sie sich entschieden distanzieren würde zugleich vom Völkermord des imperialistischen Kapitalismus und vom militaristischen Blockdenken des bürokratischen Stalinismus. Wie anders als durch Formen eines demokratischen Sozialismus tschechoslowakischer Prägung, also durch radikale Abwendung von sozialdemokratischen Phrasen, mit denen eine neokapitalistische Wirtschaftspolitik und eine autoritäre Notstandspolitik verschleiert werden, können wir uns gegen ostdeutschen Stalinismus und westdeutsche Reaktion wehren?

Prag ist demokratischer Sozialismus eine Idee, die es möglich macht, auch bei völliger Isolierung von den Führern von Partei und Staat, den Untergrund wirksam zu organisieren. Der sozialdemokratische Pragmatismus würde in einer ähnlichen Situation höchstens antikommunistische Wahnsinnstaten, nicht aber einen gemeinsamen Widerstand hervorrufen. Wenn die Tschechen und Slowaken die Namen Dubcek und Svoboda skandieren, dann nicht, weil sie wie Blinde nach ihren Führern rufen, sondern weil die Namen für ein Programm stehen, das Volk und Partei miteinander ausgehandelt haben. Bei uns - nichts scheint mir so sicher - riefen nicht einmal Sozialdemokraten die Namen von Schütz und Neubauer."

CDU: "SCHLUSS MACHEN" SCHON VOR ZWEI JAHREN / VON HANNES SCHWENGER

Ernst Lemmers Aufforderung vor dem Schöneberger Rathaus, mit den Burschen der APO endlich Schluß zu machen, ist nicht die erste. Nicht erst, seit die CDU ihr Herz für den demokratischen Sozialismus in der CSSR entdeckt hat, will sie Schluß mit den Sozialisten im eigenen Land machen. EXTRA-Dienst liegt die Aufzeichnung einer Veranstaltung vor, die am 8. 2. 1966 von der CDU vor dem Amerika-Haus durchgeführt wurde. Damals demonstrierte die CDU nicht gegen die sowjetische Intervention in der CSSR, sondern für die amerikanische Intervention in Vietnam. Franz Amrehn: "Dieses Amerika-Haus ist mit Eiern beworfen worden. Das war keine kulturelle Leistung deutscher Studenten. Hier haben politische Drahtzieher ihre Hand im Spiel gehabt, und wir wollen Schluß machen damit, daß solche politischen Drahtzieher den guten Namen Berlins in der Welt besu-

deln... Seit Monaten sprechen wir davon, daß die Studentenverbände unterwandert werden, daß eine Infiltration stattfindet, daß hier ein Vorgang geistiger Knochenerweichung zu beobachten ist. Damit muß Schluß sein... Wir müssen Berlin davor schützen, daß wir nicht in Verruf gebracht werden durch Wehrdienstverweigerer, durch linksradikale Schwärmer, durch West-Ost-Gänger." Jürgen Wohlrabe, Leiter der Senatskundgebung für die CSSR, erklärte damals vor dem Amerika-Haus: "Geistige Tiefflieger und wildgewordene Studenten können nicht im freien Teil Berlins leben." Und Ernst Lemmer beschrieb damals bereits genauer die Gruppen, mit denen er "Schluß machen" möchte. Auch damals versicherte er wie vor dem Rathaus, "als Euer Mitbürger, ohne jede amtliche Beauftragung" zu sprechen, "und darum kann ich sagen, was ich will. Ich habe hier zum Ausdruck zu bringen, daß unsere Freiheit durch drei Gruppen unserer Bewohner gefährdet ist. Das eine sind die Lauten. Die zweite Gruppe, das sind die Spinner. Den Lauten und den Spinnern gilt unsere geistige Fürsorge. Und dann gibt es eine dritte Gruppe, die Agenten der SED. Von denen können wir nur sagen, daß sie zwar unter dem Recht des Viermächte-Status hier in Westberlin ihr Unwesen treiben dürfen, aber wenn sie von ihrer Ideologie überzeugt sind, dann möchte ich sagen, warum verschwinden sie nicht aus unserem Westberlin. Wir werden, wir werden eine Straßensammlung veranstalten, um ihnen die Umzugskosten zu bezahlen! In diesem freiheitlichen Berlin ist kein Platz für die Totengräber der Freiheit. Mein letztes Wort, wir brauchen ja nicht lange Reden zu halten, wir stehen hier in einem beispiellosen Wetter ein für unsere Ideale, und da möchte ich hier vor diesem Amerika-Haus nur eines einander gegenüberstellen. Die Spinner hatten in ihrem Umzug ein Plakat: Johnson, der Mörder. Wo die Mörder sind, haben wir schaurig gestern nachmittag wieder zur Kenntnis nehmen müssen und wir haben auf der anderen Seite unseren geschichtlich gewordenen Rudolph-Wilde-Platz in John-F.-Kennedy-Platz umgetauft. Und wenn wir uns daran erinnern, dann habe ich nur zu sagen, ich danke in eurem Namen allendrei Schutzmächten, den amerikanischen, den britischen und den französischen Männern, die hier für unsere Freiheit einstehen. Und ich danke, ich danke in diesem Augenblick der Berliner Presse, die in diesen Tagen gezeigt hat, daß sie da ist, ohne Unterschied der Partei, wenn es darum geht, die Freiheit unseres Lebens sicherzustellen. Und zum Schluß, meine lieben Freunde, meine lieben Berliner Mitbürger, nur den einen Zuruf: Bleiben wir, was wir waren, in schweren Stunden, in der Nachkriegsgeschichte unserer Stadt. Ich stand gestern morgen bewegt vor dem Grabe Ernst Reuters auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof, und ich habe mir innerlich geschworen, in dieser Stadt werde ich auch wie er meine letzte Ruhestätte finden. Es gilt, unser Berlin in Freiheit und Verbundenheit mit allen gesitteten Völkern, die die Freiheit lieben auf dieser Welt, zu verteidigen, um der Zukunft unserer Kinder willen."

Im Anschluß an diese Kundgebung prügeln etwa 300 Teilnehmer der Veranstaltung ein Dutzend APO-"Störer" durch die S-Bahn-Sperre am Bahnhof Zoo. Genau wie am 21. Februar 1968, genau wie am 21. August.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:
 WOHNORT:
 STRASSE:
 DATUM: UNTERSCHRIFT: